

# ABGEORDNETENHAUSWAHL IN BERLIN — AUF WAS ES JETZT ANKOMMT

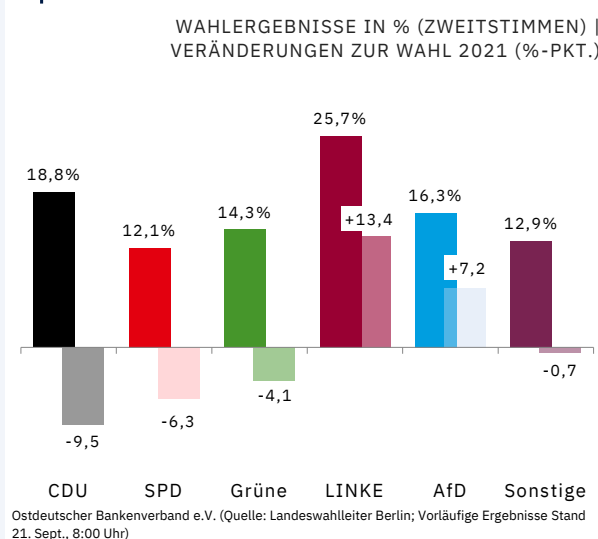
## Der Blick der privaten Banken

- Die Linke ist in Berlin erstmals die stärkste Kraft geworden und hat die CDU auf den zweiten Platz verwiesen. Mit deutlicheren Abständen folgen dahinter AfD, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Die bisherige Koalition aus CDU und SPD verfügt damit über keine eigene Mehrheit mehr.
- Die schwierigen Mehrheitsverhältnisse machen Dreierbündnisse notwendig. Dabei dürfte insbesondere die Wohnungspolitik zu einer der zentralen Herausforderungen für die Koalitionsverhandlungen werden.
- Für die privaten Banken ist entscheidend, dass Berlin auch nach der Wahl für verlässliche Eigentumsrechte, Rechtssicherheit und Investitionsschutz steht. Der angespannte Wohnungsmarkt braucht vor allem zusätzliche Wohnungen und dafür private wie öffentliche Investitionen. Zugleich müssen die allgemeinen Rahmenbedingungen für ein weiteres Wirtschaftswachstum weiter verbessert werden.

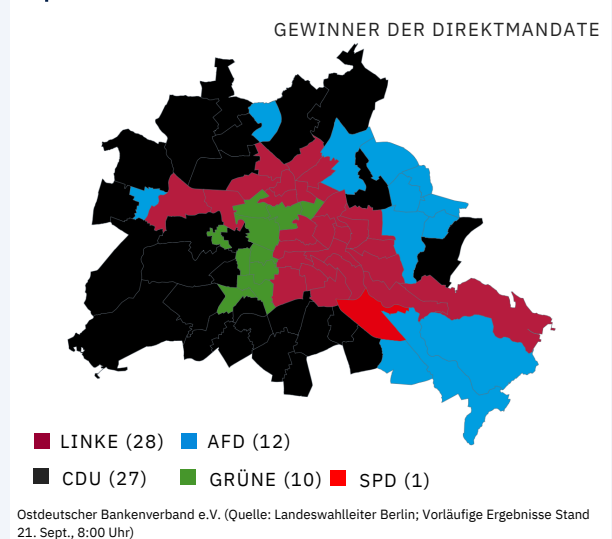
Berlin hat gewählt, das Wahlergebnis zeigt eine fragmentierte politische Landschaft. Die Linke ist mit 25,7% erstmals stärkste Kraft in der Hauptstadt geworden (*s. Grafik 1*). Die CDU erreicht 18,8%, die AfD 16,3%,

Bündnis 90/Die Grünen 14,3% und die SPD 12,1%. FDP und BSW haben mit 2,5% und 4,7% den Einzug in das Abgeordnetenhaus verfehlt. Im Ergebnis verfügt keine Zweierkoalition über eine Mehrheit (*s. Grafik 3*).

**Berlin: Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl September 2026** 1

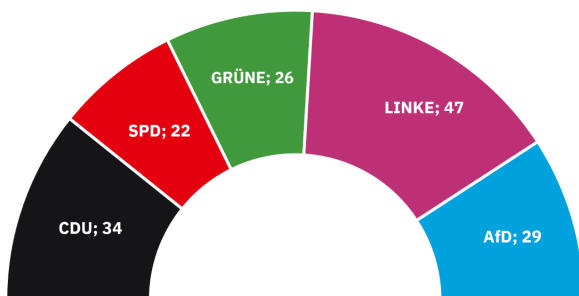


**Berlin: Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl September 2026 — Erststimmen** 2



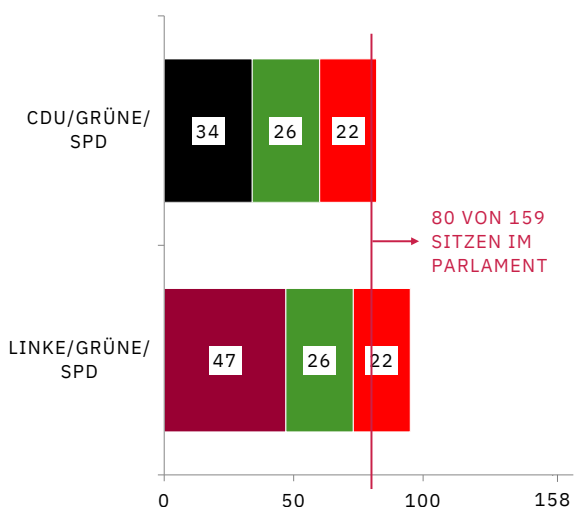
**Berlin: Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl  
September 2026 — Parlamentssitze** 3

INSGESAMT 158 SITZE —  
MEHRHEIT BEI 80 SITZEN ERREICHT



Ostdeutscher Bankenverband e.V. (Quelle: Landeswahlleiter Berlin; Vorläufige Ergebnisse Stand 21. Sept., 9:00 Uhr)

Für eine stabile Mehrheit ist voraussichtlich ein Dreierbündnis erforderlich. Rechnerisch verfügt ein Bündnis aus SPD, Grünen und Linken über die größte Mehrheit (s. Grafik 4). Erheblicher Abstimmungsbedarf dürfte hier insbesondere in der Wohnungs- und Eigentumspolitik bestehen. Die Linke will die Umsetzung eines Vergesellschaftungsgesetzes zu einer Voraussetzung machen, die Grünen den Volksentscheid weiter vorantreiben. Die SPD geht in ihrem

**Berlin: Zwischen Kenia und Rot-Grün-Rot** 4


Ostdeutscher Bankenverband e.V. (Quelle: Landeswahlleiter Berlin; Vorläufige Ergebnisse Stand 21. Sept., 9:00 Uhr)

Wahlprogramm nicht so weit, will aber die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten für stärkere Eingriffe in den Wohnungsmarkt nutzen. Damit wird die Regierungsbildung nicht allein eine Frage rechnerischer Mehrheiten sein.

*Schwierige Regierungsbildung*

Rechnerisch bietet sich auch eine Koalition aus CDU, SPD und Grünen an. Hier lehnt allerdings die CDU Enteignungen und einen Mietendeckel ab. Schnittmengen bestehen dagegen etwa bei Verwaltungsmodernisierung, Investitionen, Wissenschaft, Innovation und Fachkräftesicherung.

Entscheidend ist nun, ob sich die beteiligten Parteien auf einen Kurs verständigen, der soziale Ziele mit Investitionsfähigkeit, Rechtssicherheit und langfristiger Verlässlichkeit verbindet.

**Eigentum und Investitionssicherheit**

Berlin braucht weiterhin Wirtschaftswachstum und Investitionen. Unternehmen, Investoren und Kreditinstitute treffen Entscheidungen über viele Jahre hinweg. Dafür müssen rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen berechenbar bleiben. Eigentum, Vertragsfreiheit und verlässliche Regeln gehören zu den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ermöglichen Investitionen und schaffen Sicherheiten für Finanzierungen.

*Berechenbarkeit als Faktor*

Vor diesem Hintergrund lehnen die privaten Banken eine Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen ab. Die Anwendung des bislang nicht erprobten Artikels 15 des Grundgesetzes wäre mit erheblichen wirtschaftlichen Unsicherheiten verbun-

den. Gerade für einen Standort, der auf internationales Kapital und Unternehmensansiedlungen angewiesen ist, kommt es darauf an, Vertrauen in die Verlässlichkeit von Eigentumsrechten zu erhalten. Das vom Institut der deutschen Wirtschaft vorgelegte Gutachten weist auf mögliche Auswirkungen über den Immobilienmarkt hinaus hin. Höhere Risikoprämien könnten auch die Finanzierung von Unternehmen und Investitionen verteuern. Berlin sollte deshalb ein klares Signal setzen: Soziale Ziele und der Schutz privaten Eigentums sind keine Gegensätze.

### *Mehr Bauen statt Knappheits-Verteilung*

Der Wohnungsmarkt bleibt angespannt. Entscheidend ist deshalb, das Angebot an Wohnungen dauerhaft auszuweiten. Dabei kann Berlin auf private Investitionen nicht verzichten. Zwischen 2015 und 2024 wurden rund 68% der neu geschaffenen Wohnungen von privaten Investoren errichtet, öffentliche Bauherren kamen auf gut 18%. Landeseigene Gesell-

**Alle Akteure  
gefordert**

schaften, Genossenschaften und private Wohnungsunternehmen werden deshalb gleichermaßen gebraucht. Vergesellschaftung und Neubau verfolgen unterschiedliche Ziele: Das eine verändert bestehende Eigentumsverhältnisse, das andere erweitert das Wohnungsangebot. Investitionen in zusätzlichen Wohnraum sollten hier Vorrang haben.

### **Stärken: Gründen, wachsen und skalieren**

Eine der größten wirtschaftlichen Stärken Berlins liegt in seinem Start-up- und Technologieökosystem (s. Grafik 5). Die Stadt verbindet Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Unternehmen, Kapitalgebern und einer international geprägten Gründerszene. Damit Berlin hier weiter attraktiv bleibt, braucht es schnelle und digitale Verwaltungsverfahren sowie gute Bedingungen für internationale Fachkräfte.

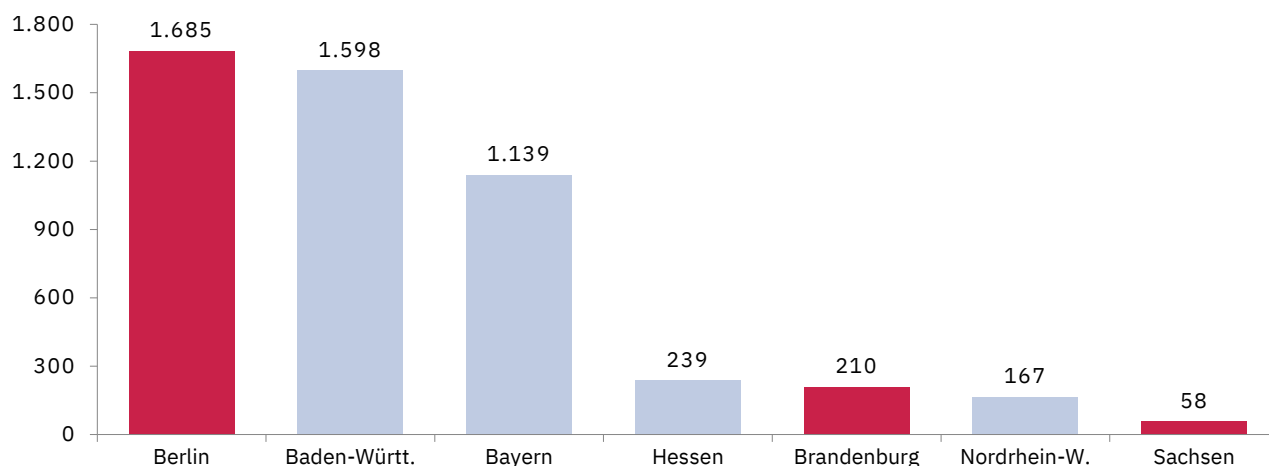
**Start-up-  
Metropole**

Entscheidend ist zudem nicht allein, wie viele Unternehmen gegründet werden. Erfolgreiche Start-ups müssen in Berlin auch

### **Startup-Finanzierungen in Deutschland im ersten Halbjahr 2026**

5

In Mio. Euro



Ostdeutscher Bankenverband e.V. (Quelle: EY Startup-Barometer Deutschland Juli 2026)

wachsen, Folgefinanzierungen erhalten und zu international wettbewerbsfähigen Scale-ups werden können. Dabei verändert sich der Finanzierungsbedarf mit zunehmender Reife: Während zunächst Eigenkapital und Venture Capital dominieren, gewinnen später Fremdkapital, Bürgschaften und klassische Unternehmensfinanzierungen an Bedeutung. Öffentliche Förderinstrumente sollten diese Übergänge erleichtern und zusätzliches privates Kapital mobilisieren, nicht verdrängen. Berlin sollte seine Förder- und Finanzierungsarchitektur so ausrichten, dass erfolgreiche Unternehmen auch nach der Gründungsphase am Standort bleiben.

**Skalierungen  
ermöglichen**

#### *FinTech-Standort Berlin weiterentwickeln*

Berlin ist FinTech-Standort. Hier treffen Technologieunternehmen auf Banken, Versicherer, Kapitalgeber und internationale Fachkräfte. Daraus entstehen neue Finanzierungs-, Zahlungs- und Vorsorgelösungen. Dies gilt es internationalen Kontext weiterzuentwickeln. Besonders wichtig sind Kooperationen zwischen FinTechs und etablierten Kreditinstituten, um neue Technologien schneller in den Markt zu bringen und Prozesse effizienter zu machen. Berlin hat als öffentlich-private Partnerschaft das House of Finance & Tech als zentrale Anlaufstelle erfolgreich geschaffen und sollte nun auch ein europäisch führendes Umfeld schaffen, das Innovation, Firmengründungen und neue Arbeitsplätze ermöglicht.

**Transformation bei  
FinTechs stützen**

#### *Wissen schneller in Unternehmen bringen*

Berlin verfügt über eine außergewöhnlich dichte Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Entscheidend ist, daraus häufiger wachsende Unternehmen, neue Technologien und industrielle Wertschöpfung entstehen zu lassen. Gerade bei DeepTech, KI und HealthTech braucht es einen besseren Technologietransfer und gründungsfreundliche Hochschulen. Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollten erleichtert und Wissenschaft, Unternehmen und Kapitalgeber stärker miteinander vernetzt werden. Forschungserfolge müssen stärker zu wirtschaftlichen Erfolgen werden. Dabei sollte Berlin die Zusammenarbeit mit Brandenburg weiter vertiefen und die Potenziale des gemeinsamen Wissenschafts- und Wirtschaftsraums stärker nutzen.

**Vernetzung  
fördern**

#### **Im Dialog umsetzen**

Berlin hat gute Voraussetzungen: einen starken Wissenschaftsstandort, eine international sichtbare Start-up-Szene, innovative FinTechs, etablierte Unternehmen und leistungsfähige Finanzierungspartner. Die nächste Landesregierung sollte diese Stärken ausbauen und Vertrauen in die Rahmenbedingungen des Standorts schaffen. Dazu gehören Rechtssicherheit und Eigentumsschutz ebenso wie bessere Bedingungen für Gründungen, Wachstum und Investitionen. Die privaten Banken stehen bereit, Unternehmen und Investitionen zu finanzieren und zu begleiten.

#### **IMPRESSUM:**

Ostdeutscher Bankenverband e.V. | Lobbyregister-Nr. des Deutschen Bundestages: R000596  
Burgstraße 28, 10178 Berlin | 030/8877788-0 | [info@ostbv.de](mailto:info@ostbv.de) | [www.ostbv.de](http://www.ostbv.de)  
Verantwortlich: Achim Oelgarth | Geschäftsführender Vorstand